

Landesinformationen zu Guatemala

Lage	Guatemala liegt im Norden Mittelamerikas, zwischen 13 und 18 Grad Nord und zwischen 88 und 93 Grad West. Das Land grenzt im Nordosten an Belize, im (Süd)osten an Honduras und El Salvador und im Westen und Norden an Mexiko.
Fläche	Ca. 108 889 km ² (etwa zweieinhalb Mal so gross wie die Schweiz)
Geografie	Im Osten schmaler Zugang zum Golf von Honduras (Karibisches Meer), im Südwesten begrenzt durch die Pazifikküste. Das zentrale Hochland macht rund ein Viertel der Landesfläche aus; es erreicht eine Breite von 100 bis 150 km. Mehrere Gebirgsketten verlaufen von Nordwest gegen Südost. Höchste Erhebung ist der Vulkan Tajumulco mit 4220 m. ü. M.
Klima	Im Hochland gemässigt, an den Küsten tropisch heiss und feucht, in den tiefergelegenen Gebieten des Nordens, Ostens und Südens heiss und teils trocken. Trockenzeit: November bis Mai, Regenzeit: Juni bis Oktober.
Verwaltungs-gliederung	Zentralregierung, 22 Departamentos (Provinzen), 340 Municipios (Kommunen/Bezirke)
Hauptstadt	Guatemala-Stadt. Im Ballungsraum der Stadt wohnen gegen fünf Millionen Personen.
Sprachen	Amtssprache Spanisch, daneben 22 Maya-Sprachen, Xinka und Garifuna
Bevölkerung	Über 19 Millionen Einwohner:innen, davon 53 Prozent in Städten (38 Prozent in Armutsvierteln). Laut der Volkszählung von 2018 bezeichnen sich 44 Prozent als indigen und 56 Prozent als nicht-indigen. Etwa 45 Prozent sind römisch-katholisch und 42 Prozent gehören protestantischen (vor allem freievangelischen) Kirchen an, 11 Prozent bezeichnen sich als agnostisch oder atheistisch. Daneben wird die traditionelle Maya-Spiritualität gelebt. Jährliches Bevölkerungswachstum: 1,5 Prozent. Anzahl Kinder pro Frau im gebärfähigen Alter: 2,4. Bevölkerungsdichte: 177 Personen pro km ²
Altersstruktur	Über die Hälfte der Bevölkerung ist unter 25 Jahre alt. Die durchschnittliche Lebenserwartung beträgt 73,5 Jahre (75,6 Jahre für Frauen, 71,5 Jahre für Männer).
Währung	Quetzal (GTQ). 100 GTQ = ca. CHF 11.40; 1 CHF = ca. 8.5 GTQ
Entwicklung, Wirtschaft und Einkommens- verteilung	Auf dem Entwicklungsindex der Vereinten Nationen belegt Guatemala Rang 136 von 193 und zählt zu den Ländern mit einer mittleren Entwicklung. Mit einer der niedrigsten Steuerquoten der Welt von 14,4 Prozent des Bruttoinlandprodukts verfügt der Staat über zu wenig Einnahmen, um eine nachhaltige Entwicklung voranzutreiben. Die Weltbank stuft Guatemala als Land mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich ein. Mit einem nominalen Bruttoinlandprodukt von 92,7 Milliarden US-Dollar (5473,2 US-Dollar pro Kopf) belegte es 2022 weltweit den 67. Platz. Die jährliche Wachstumsrate ist 2023 auf 3,5 Prozent gesunken. Obwohl seine Wirtschaftsleistung im lateinamerikanischen Vergleich sehr stark ist, gilt Guatemala als eines der ärmsten Länder Lateinamerikas und weist eine extreme Ungleichheit auf. Die Armutsrate beträgt 55 Prozent; 16 Prozent der Bevölkerung leben in extremer Armut. Besonders von Armut und Unterernährung betroffen sind ländliche Gebiete mit einem hohen Anteil an indigenen Personen. Gegen 80 Prozent der dortigen Bevölkerung sind arm, 40 Prozent extrem arm. Guatemala weist mit 47 Prozent eine der höchsten Unterernährungsraten bei Kindern unter fünf Jahren auf. 71 Prozent der Bevölkerung arbeiten im informellen Sektor. Die etwa drei Millionen im Ausland lebenden Guatemalte:innen überwiesen 2023 über 19 Milliarden US-Dollar nach Guatemala. Das entspricht fast einem Fünftel des Brutto-Inlandprodukts.
Menschliche Sicherheit	Zwischen 2010 und 2020 wurden über 60 000 Personen ermordet. In 90 Prozent der Fälle wurde niemand zur Verantwortung gezogen. 2023 wurden 2944 Morde registriert, davon 601 an Frauen. Das entspricht 16,7 Morden pro 100 000 Einwohner:innen. Laut der Internationalen Organisation für Migration suchten 2020 170 668 Guatemalte:innen Asyl in einem anderen Land und wurden 242 000 Personen aufgrund von Gewalt innerhalb von Guatemala vertrieben. Naturereignisse wie Wirbelstürme, Erdbeben, Vulkanausbrüche, Überschwemmungen und Erdbeben fordern häufig Menschenleben und verursachen grosse Schäden.

Staat und Gesellschaft

Guatemala ist eine Präsidentialrepublik. Der Präsident ist Staatsoberhaupt und zugleich Regierungschef. Ein Einkammerparlament (Congreso) mit 160 Mitgliedern bildet die Legislative. Präsident und Abgeordnete werden alle vier Jahre direkt vom Volk gewählt. Die Verfassung verbietet die Wiederwahl des Präsidenten. Sie wurde 1985 in Kraft gesetzt und 1994 ergänzt.

Trotz des massiven Widerstands mächtiger konservativer Eliten und korrupter Seilschaften wurde Bernardo Arévalo de León von der Partei Semilla mit einer deutlichen Mehrheit zum Präsidenten gewählt und konnte dank monatelangen friedlichen Protesten der indigenen Bevölkerung Mitte Januar 2024 sein Amt antreten. In ihrer Wahlkampagne versprachen Arévalo und seiner Vizepräsidentin Karin Larissa Herrera Aguilar die Korruption und Unsicherheit zu bekämpfen, das öffentliche Bildungs- und Gesundheitswesen zu stärken und die Beschäftigung zu fördern. Da das korrupte Justizsystem die Partei Semilla verboten hat, erhält das Präsidentenduo im Parlament nur wenig Rückhalt.

Bezeichnend für das politische System ist die starke Stellung von Kräften, die ausserhalb des Parteiensystems stehen, jedoch grossen politischen Einfluss ausüben. Eine kleine Zahl mächtiger Familien dominiert insbesondere die exportierende Agrarwirtschaft, den Handel und das Bankwesen sowie die Medien. Das Militär hat im Vergleich zur Zeit des Bürgerkriegs an Einfluss verloren; ehemalige Militärs finden sich jedoch in vielen Bereichen des Staatsapparats. Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sind teilweise von mafiösen Strukturen unterwandert. Die indigene Bevölkerung ist nach jahrhundertelanger Unterdrückung und Marginalisierung nach wie vor in staatlichen Institutionen und der Wirtschaft stark unterrepräsentiert.

Bewaffneter interner Konflikt

Guatemala erlangte 1821 die Unabhängigkeit von Spanien. Doch änderte dies nicht viel an den Macht- und Besitzverhältnissen: Nationale Eliten nahmen der Platz der ehemaligen Kolonialmacht ein. Nach dem Sturz des Diktators Ubico setzte 1944 ein knapp zehnjähriger Demokratisierungsprozess ein. Die Regierungen der demokratisch gewählten Präsidenten Arévalo und Arbenz leiteten wichtige soziale Reformen ein, darunter eine Agrarreform. 1954 wurde Arbenz durch einen von den USA orchestrierten Putsch gestürzt. Oppositionelle wurden des Kommunismus bezichtigt und verfolgt. Ab 1960 bildeten sich Guerilla-Gruppen, die im bewaffneten Kampf gegen die militärischen Machthaber die einzige Lösung für die Probleme im Land sahen. Der interne bewaffnete Konflikt dauerte 36 Jahre: 200 000 Menschen wurden getötet, 45 000 gewaltsam zum Verschwinden gebracht; über eine Million flüchtete innerhalb des Landes und 45 000 über die Grenze nach Mexiko. Die Armee beging brutale Massaker an der indigenen Bevölkerung und setzte sexuelle Gewalt als Kriegsmittel ein. Nach Angaben der Un-Wahrheitskommission wurden über 90 Prozent der Gräueltaten durch staatliche Sicherheitskräfte begangen. Von den in den Friedensabkommen festgehaltenen Verpflichtungen hat der Staat bis jetzt nur wenige erfüllt.

Politische, gesellschaftliche und Menschenrechtslage

Armut, Rassismus, Diskriminierung, gesellschaftlicher Ausschluss, Gewalt und Straffreiheit prägen das Leben grosser Teile der Bevölkerung. Insbesondere werden die Menschenrechte indigener Gemeinschaften im Zusammenhang mit Wirtschaftsprojekten verletzt, die mit Landnahme und Umweltzerstörung einhergehen.

Die indigene Bevölkerung verlangt, dass die zuständigen Behörden sie gemäss dem 1996 ratifizierten Übereinkommen 169 der Internationalen Arbeitsorganisation konsultieren, bevor sie in ihrem Gebiet Konzessionen für Bergbauvorhaben, Wasserkraftwerke oder andere Grossprojekte erteilen. Im Zusammenhang mit solchen Projekten kommt es häufig zu Konflikten, wobei Menschenrechtsverteidiger:innen vermehrt Straftaten vorgeworfen werden. Insbesondere für Umweltrechte Engagierte sind Drohungen, Diffamierung, Kriminalisierung, Einschüchterung und gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. 2022 waren 309 Bergbaulizenzen (davon 286 für den Abbau) in Kraft und 641 Gesuche für Explorations- und Abbaulizenzen hängig.

2023 dokumentierte Udefegua 9496 Angriffe auf Verteidiger:innen von Menschen- oder kollektiven Rechten, darunter 2657 gegen Angehörige des Justizwesens und 1432 auf Journalist:innen.

Das Mandat der 2007 eingesetzten Internationalen Kommission gegen die Straflosigkeit in Guatemala CICIG, die die Generalstaatsanwaltschaft bei der Aufdeckung von kriminellen Vereinigungen, schweren Verbrechen und Korruptionsfällen unterstützte, ist 2019 ausgelaufen. Im Justizwesen tätige Personen, die eine Schlüsselrolle bei der Bekämpfung der Straflosigkeit in Fällen von schweren Menschenrechtsverletzungen und Korruption spielten, wurden ihrer Ämter enthoben, bedroht, verleumdet, strafverfolgt und willkürlich in Haft gehalten. Staatsanwaltschaften, Gerichte und weitere Institutionen wurden mit Personen besetzt, die den Interessen der Oligarchie dienen. Eine der grossen Herausforderung der aktuellen Regierung besteht darin, die Rechtsstaatlichkeit zu stärken.

Stand: Juni 2024

Konsultierte Quellen: Amnesty International, Banco de Guatemala, Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen, CIA World Fact Book, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen, Finanzministerium, Flüchtlingskommissariat der Vereinten Nationen, Generalstaatsanwaltschaft, Grupo de Apoyo Mutuo, INACIF, INE, Interamerikanische Entwicklungsbank, Interamerikanische Menschenrechtskommission, Internationale Organisation für Migration, InSight Crime, MinGob, Observatorio de Industrias Extractivas, Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Udefegua, Weltbank